



Freie Wähler - Mannheimer Liste • E 5 • 68159 Mannheim

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
stellv. Fraktionsvorsitzende

Prof. Dr. Achim Weizel
Stadtrat

Christopher Probst
Stadtrat

Mannheim, 3. April 2024

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats am 16. April 2024

Einführung einer Bezahlkarte bei der Stadt Mannheim

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

1. Die Stadt Mannheim führt spätestens zum 01.09.2024 eine Debitkarte als Bezahlkarte für Geflüchtete ein.
2. Als monatliches Taschengeld wird ein Betrag von 100 Euro bar ausbezahlt.

Begründung:

Um zu verhindern, dass geflüchtete Menschen Sozialleistungen des deutschen Staats an Verwandte ins Ausland oder an Schlepper überweisen, beantragt die ML-Fraktion, dass die hier ankommenden Menschen künftig eine Debitkarte erhalten. Auf ihr befinden sich monatliche Guthaben, die jeweils neu aufgefüllt werden - und zwar nach den bundesweit einheitlichen Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Eine solche Regelung will der Rhein-Pfalz-Kreis bereits ab April einführen und die sogenannte Bezahlkarte an Neuankömmlinge und sukzessive an die weiteren Asylbewerber verteilen, anstatt Bargeld auszuzahlen. Er wäre der erste Landkreis in der Metropolregion Rhein-Neckar und der zweite in Südwestdeutschland.

In der Metropolregion ist lt. Mannheimer Morgen folgendes Vorgehen geplant:

- Der **Rhein-Neckar-Kreis** begrüßt grundsätzlich die Einführung der Bezahlkarte. Man möchte sich an einem bundeseinheitlichen Modell beteiligen, das für Spätsommer/Herbst erwartet wird. Wie das Landratsamt mitteilt, habe man sich als **Pilotlandkreis beworben**.
- Der **Kreis Bergstraße** hat sich von verschiedenen Anbietern entsprechende Modelle einer Bezahlkarte präsentieren lassen, sagt Kreisbeigeordneter Matthias Schimpf. Man **warte nun eine Frist ab**, die im Land Hessen vereinbart worden sei. Wenn nach sechs Monate keine Bezahlkarte da sei, ende das Agreement und man werde selbst tätig.
- Im **Rhein-Pfalz-Kreis** will man die Bezahlkarte im Alleingang **ab April testen und durchsetzen**. Dazu setzt man auf die Zusammenarbeit mit der Firma Secupay, die ihren Sitz in Sachsen hat.

Seite 1 von 2



Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender

Christiane Fuchs
stellv. Fraktionsvorsitzende

Prof. Dr. Achim Weizel
Stadtrat

Christopher Probst
Stadtrat

Mit einer Debitkarte können keine Überweisungen vorgenommen werden. Über die Einführung einer solchen Bezahlkarte konnte bundesweit zwischenzeitlich Einigung erzielt werden, Details liegen jedoch noch nicht vor. Ziel ist, sie am Ende des Sommers zum 1. September flächendeckend verfügbar zu haben. In den jeweiligen Bundesländern sind derzeit unterschiedliche Gremien eingesetzt, die sich damit befassen.

Im Rhein-Pfalz-Kreis haben alle Fraktionen des Kreistags einen entsprechenden Antrag unterstützt, den sie gemeinsam - mit Ausnahme der AfD - einbrachten. Auch aus diesem Grund ist der Rhein-Pfalz-Kreis hier vorgeprescht. Begründet wurde diese unter anderem auch mit der Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese seien zu Beginn des Monats wegen der Auszahlung an Flüchtlinge mit sehr viel Bargeld ausgestattet. Das mache sie auch zum Ziel eventueller Angriffe in und außerhalb der Kreisverwaltung in Ludwigshafen. Hinzu kommt sicherlich auch noch eine gewisse Erhöhung der Effizienz und Aufwandsreduzierung in der Verwaltung.

Lediglich ein geringer Betrag soll auch künftig noch als Bargeld ausbezahlt werden. In Hamburg, wo man das Prozedere seit mehr als vier Wochen kennt, sind es lediglich 50 Euro, über die die Flüchtlinge bar verfügen dürfen. Bundesweit geht man von Lösungen zwischen 50 und 150 Euro aus, im Rhein-Pfalz-Kreis sollen es 200 Euro sein. Die Fraktion spricht sich für einen Betrag von 100 Euro aus.

Aus Sicht des Kreises hat die Bezahlkarte einen weiteren Vorteil: Man kann den Radius auf Postleitzahlen beschränken, in denen sie gültig sind. Dies wäre hilfreich, um die für Asylbewerber vorgeschriebene Residenzpflicht für Ort, den Kreis oder das Bundesland kontrollieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen

H. Schmid
Vorsitzender

C. Fuchs
stellv. Vorsitzende

Prof. Dr. A. Weizel
Stadtrat

C. Probst
Stadtrat